

Traditionspflege – Selbstkritische Aufarbeitung – Diskursfähigkeit

Zur Entwicklung der gewerkschaftlichen Erinnerungskultur
in der Bundesrepublik Deutschland

Michael Schneider

Entwicklungsphasen der gewerkschaftlichen Erinnerungskultur

Die Gewerkschaften begannen schon wenige Jahre nach ihrer Gründung, eine eigene gruppen- bzw. organisationsspezifische Erinnerungskultur auszubilden. Voraussetzung dafür war, dass sie bereits frühzeitig eigene Archive und Bibliotheken aufbauten, die zum einen als Nachschlageinstrumente für die Tagesarbeit, zum anderen als Basis für spätere Forschungen genutzt wurden.

Die gewerkschaftliche Erinnerungsarbeit diente zunächst vor allem zur Traditionspflege im gewerkschaftlichen Alltag, also zur Vergegenwärtigung des historischen Erbes der Gewerkschaften. Im Vordergrund stand ein organisationsgeschichtliches Interesse, vor allem die Ziele der Identitätsbildung bzw. -stärkung. Nachgezeichnet wurde der Weg eines einzelnen Verbandes aus kleinsten Anfängen bis zu beachtlicher Stabilität und Größe.

Erinnert wurde an herausragende Persönlichkeiten und an Arbeitskämpfe von grundsätzlicher Bedeutung. Und markiert wurden die Erfolge, vor allem die Steigerung der Mitgliedszahlen sowie die erkämpften Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen. Gedenkreden und Totenehrungen, Jubiläumsschriften und Biografien waren also meist Leistungsnachweise, mit denen voller Stolz eine Bilanz der bisherigen Organisations- und Tarifarbeit gezogen wurde. Verfasst wurden diese Publikationen vielfach von Vorstandsmitgliedern, Redakteur*innen der Gewerkschaftsblätter oder auch Mitarbeiter*innen der gewerkschaftlichen Archive bzw. Bibliotheken. Damit bestätigten die Vorstände bzw. deren berufene Sprecher*innen sich selbst und den Mitgliedern die Richtigkeit des eigenen Weges, was den Zusammenhalt der Mitgliedschaft stärken und zugleich neue Mitglieder werben sollte. Selbstkritik war selten. Wenn Kritik geübt

wurde, dann vor allem an den konkurrierenden Richtungsgewerkschaften, an den Arbeitgebern und am Staat (Beier 1968).

Das änderte sich mit Beginn des Ersten Weltkriegs: In dem Maße, in dem die Gewerkschaften in gesamtpolitische Verantwortung hineinwuchsen, häuften sich Probleme, Konflikte und auch Rückschläge. Wie umgehen mit der Vorstandspolitik im August 1914, dann im Krieg und schließlich in der Revolution 1918/19, zu der es doch nicht nur in weiten Kreisen der Arbeiterschaft, sondern auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung teils heftige Gegnerschaft gab? Die Geschichte der Gewerkschaften wurde zu einem von aktual-politischen Motiven dominierten Konfliktfeld, zunächst zwischen den unterschiedlichen Richtungen bzw. Flügeln der Arbeiterbewegung, dann aber auch in der politischen Öffentlichkeit. Ins Zentrum der Erinnerungsarbeit rückten neben der Rechtfertigung der bisherigen Politik immer deutlicher die Erklärung der Gegenwart und der Wunsch, »Lehren aus der Geschichte« für die aktuelle gewerkschaftliche Arbeit zu ziehen.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften im Frühjahr 1933 und dann die Erfahrung von Verfolgung und Widerstand während der NS-Diktatur bedeuteten einen tiefen Einschnitt auch in der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, dessen weitreichende Bedeutung allerdings erst in den letzten Jahren wirklich klarer beleuchtet wird.

Nach dem Ende der NS-Diktatur hatten die Gewerkschaften gewiss anderes zu tun als sich intensiv um ihre Geschichte zu kümmern. Weder in den Gewerkschaften noch in der Geschichtswissenschaft gab es in der direkten Nachkriegszeit ein ausgeprägtes Interesse an der Geschichte der Gewerkschaften bzw. der Arbeiterbewegung. Und auch in den 1950er Jahren konzentrierten sich die Gewerkschaften zunächst weiterhin vor allem auf die Pflege ihrer Tradition durch Jubiläums- und Gedenkpublikationen sowie -veranstaltungen, die von den Gewerkschaften selbst organisiert wurden. Dabei begnügten sie sich meist mit dem Hinweis auf die »Lehren der Vergangenheit«, die man mit der Gründung der Einheitsgewerkschaft und dem Eintreten für die Mitbestimmung meinte beherzigt zu haben. Wenn von Widerstand im »Dritten Reich« gesprochen wurde, dann vor allem im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944. So war weder vom breiten und vielfältigen Widerstand aus der zerschlagenen Arbeiterbewegung noch von der Einbindung weiter Kreise der Arbeiterschaft in die nationalsozialistische Gesellschaftsordnung die Rede (Köcher 2004; Meyer in diesem Band).

Ab Mitte der 1960er Jahre fanden die Gewerkschaften – im Zuge eines wachsenden Interesses an der Geschichte der Arbeiterbewegung – langsam stärkere

wissenschaftliche Beachtung, wobei sich gewerkschaftliche und wissenschaftliche Aktivitäten miteinander verbanden.

Zum einen behielt die Traditionspflege innerhalb der Gewerkschaften einen hohen Stellenwert. Zu denken ist an die Bewahrung des materiellen Erbes, also an die Sicherung von Archiven und Bibliotheken sowie Gewerkschaftshäusern, die Benennung der Häuser und Säle sowie an den Schmuck mit historischen Fahnen, Büsten und Plakaten. Auch das immaterielle Erbe sei nicht vergessen – dafür ein paar Beispiele der fortdauernden symbolischen Vergegenwärtigung der Vergangenheit im gewerkschaftlichen Alltag: die Feier des 1. Mai; die Anrede »Kollege«, »Kollegin«; Jubilarehrungen und Totengedenken in Veranstaltungen oder bei Kranzniederlegungen; Artikel in Zeitschriften; Jubiläumsbänden usw.; das Festhalten am traditionellen Liedgut z. B. durch Gewerkschafts-Chöre.

Zum anderen griff die gewerkschaftliche Erinnerungsarbeit weiter aus, so dass es zu einer wachsenden Zahl von Forschungsvorhaben und Publikationen sowie von Konferenzen zu Themen der Gewerkschaftsgeschichte kam. Dieser Aufschwung ging zunächst, Mitte der 1960er Jahre, vor allem von außeruniversitären Forschungseinrichtungen aus, insbesondere vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Große Bedeutung hatte auch die Internationale Tagung der Historiker*innen der Arbeiterbewegung (ITH) in Linz/Donau, deren jährliche Treffen zur Akzeptanz der Geschichte der Arbeiterbewegung als Teil der Sozial- bzw. Gesellschaftsgeschichte beigetragen haben. Die damit aufgeworfenen Fragen wurden bald von mehreren Wissenschaftler*innen aufgegriffen, die sich vielfach zu »kritischer Solidarität« mit der Arbeiter- bzw. Gewerkschaftsbewegung bekannten.

Motor dieser Entwicklung war eine intensive Vernetzung der Historiker*innen in Deutschland und darüber hinaus in Europa sowie weiter ausgreifend bis nach Asien und Amerika, die zu einer Reihe internationaler Konferenzen und Publikationen führte. Zu diesem Netzwerk gehörten auch zahlreiche Mitarbeiter*innen der Gewerkschaften, und zwar insbesondere aus den Grundsatzzabteilungen und aus den Bildungseinrichtungen sowie den (damals in den Gewerkschaften noch vorhandenen) Archiven und Bibliotheken. In den Gewerkschaften wurde Geschichte zum Thema, auch und gerade in der Bildungs- und Jugendarbeit. Zudem formierten sich in den Gewerkschaften auf lokaler bzw. regionaler Ebene zahlreiche Arbeitsgruppen und Kommissionen, die sich – oft mit einem selbst gegebenen Auftrag, also aus ganz eigenem Interesse – etwa in »Geschichtswerkstätten« mit der Geschichte der Gewerkschaften oder allgemeiner mit der Geschichte der Arbeiterbewegung befassten. Dabei zeigte sich seit den 1970er Jahren eine stärkere Professionalisierung bzw. Akademisierung der gewerkschaftlichen Erinnerungsarbeit, mal durch projektorientierte Her-

anziehung externer »Profis«, mal durch die Integration ausgebildeter Historiker*innen in die gewerkschaftlichen Organisationen.

Das Interesse an Fragen der Geschichte der Arbeiter- und damit auch der Gewerkschaftsbewegung zeigte sich ebenfalls auf dem Buch- und Zeitschriftenmarkt. Zahlreiche Verlage und Zeitschriften, zu denen neben den gewerkschaftlichen Publikationen (z.B. *Welt der Arbeit*, *Gewerkschaftliche Monatshefte*, *Der Gewerkschafter*, *Die Quelle*, *Metall*, *ötv-magazin*) auch die »klassischen« historisch-politischen Fachzeitschriften gehörten, wie die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* und die *Historische Zeitschrift*, öffneten sich diesen Themen. Und mehrere wissenschaftliche Spezialblätter (z.B. *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* [IWK], *Archiv für Sozialgeschichte*, *Social History* und *International Labor and Working Class History*) blühten auf. Hinzu kamen besondere Schriftenreihen, z.B. die »Reprints zur Sozialgeschichte«.

Das gestiegene Interesse an der Gewerkschaftsgeschichte in Wissenschaft und Gewerkschaften war Ausdruck eines sich wandelnden politischen Klimas: So wuchs – auch als Provokation des »herrschenden Wissenschaftsbetriebs« – im Zuge der allgemeinen Politisierung, die von der Studentenbewegung Mitte/Ende der 1960er Jahre ausging, das Interesse an den sozialistischen Klassikern und überhaupt an der Geschichte der Arbeiterbewegung, die Alternativen zum kapitalistischen System und eben auch zum herrschenden Geschichtsbild zu bieten schienen. Eine Rolle dürfte zudem gespielt haben, dass zu dieser Zeit historische Argumente »praxisrelevant« wurden, etwa in der Debatte um die Notstandsgesetze: Mit dem Hinweis auf die »Lehren der Vergangenheit« – gemeint waren die Lehren des Endes der Weimarer Republik – formierten sich unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften die Gegner*innen einer Grundgesetzänderung, die, wie sie meinten, zu einer gefährlichen Stärkung der Exekutive und damit zur Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie zu führen drohte (Schneider 1986).

Dass es in den 1970er/80er Jahren zum Boom der Gewerkschaftsgeschichte kam, lag gewiss auch daran, dass Gewerkschaften in den 1970er Jahren auf dem Zenit ihrer Stärke waren: Sie galten als zentrale gesellschaftspolitische Akteure, die maßgeblichen Einfluss hatten. Von der Mitgliederentwicklung bis zur Programmatik, von der politischen Mitsprache bis zu den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen – es waren Blütejahre der Gewerkschaften. Sich mit dem Thema Gewerkschaften zu befassen, war also durchaus aktuell, eben weil die Gewerkschaften ein echter Machtfaktor waren. Daran schloss die Debatte um das Thema des Gewerkschaftsstaats an, die geradezu nach einer historischen Vertiefung, einem Rückgriff auf das Ende der Weimarer Republik verlangte (Hemmer/Borsdorf 1974).

Eine weitere Voraussetzung für den Aufschwung der Gewerkschaftsgeschichte in den 1970er/80er Jahren war das offenkundige Interesse der DGB-Spitze um Heinz Oskar Vetter an Fragen der Gewerkschafts- und Sozialgeschichte, was wie eine Initialzündung wirkte. Das gewerkschaftliche Engagement in historischen Fragen folgte auch durchaus organisationspolitischen Herausforderungen, war doch in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine Kontroverse um die Geschichte der Gewerkschaften entbrannt, die in Form aktual-politischer Flügelkämpfe in die Gewerkschaften und vor allem in die Bildungsarbeit hineinwirkte.

Konkret ging es um die Einschätzung der sozialdemokratischen und damit auch der gewerkschaftlichen Politik zu Beginn des Ersten Weltkriegs, in der Revolution 1918/19 und in der Endphase der Weimarer Republik bzw. im Frühjahr 1933; auch das Verhalten der Gewerkschaften nach 1945, vor allem in den Westzonen, wurde durchaus kontrovers diskutiert. Die Rollen waren klar verteilt: Auf der einen Seite warfen die Vertreter einer mehr oder weniger deutlich marxistisch-leninistisch inspirierten Geschichtssicht den Gewerkschaften bzw. den Gewerkschaftsführungen vor, die Prinzipien der Arbeiterbewegung und die Interessen der Arbeiterklasse »verraten« zu haben, eine radikale Änderung der Machtverhältnisse nicht angestrebt, sondern im Gegenteil verhindert zu haben und damit insgesamt an den Katastrophen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert mitschuldig geworden zu sein. Die linkssozialistische bzw. kommunistische Politik wurde demgegenüber zur moralisch einwandfreien und deshalb einzig vertretbaren Alternative zur sozialdemokratischen Politik stilisiert, ohne die jeweils realen Handlungsmöglichkeiten und auch die Probleme der sozialistisch-kommunistischen Politik kritisch auszuloten.

Auf der anderen Seite hielt die sozialdemokratisch bzw. sozialliberal orientierte Forschung diesen Positionen ein Konzept der Sozialgeschichte entgegen, das mögliche Handlungsspielräume realistisch abzuwägen versprach, um somit Schwächen und Fehler ebenso wie Erfolge der früheren Gewerkschaftspolitik vor dem jeweiligen Zeithorizont »fair« zu beurteilen, und zwar ohne selbstgerechte Besserwisserei in der Rückschau.

Brisanz erhielt der Streit um die Interpretation der Gewerkschaftspolitik in bestimmten historischen Entscheidungssituationen vor allem, weil er zugleich Teil der Debatte um die Ausrichtung der damals aktuellen Gewerkschaftspolitik war; dabei ging es um den Vorwurf »von links«, die Gewerkschaftsführungen konzentrierten sich – zumal in Zeiten sozialliberaler Regierungsverantwortung im Bund – zu eindeutig auf den Kurs als »Ordnungsfaktor« und übersähen ihre Aufgabe als »Gegenmacht«, die für eine grundsätzliche Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kämpfen sollte (dazu Schmidt 1971).

Die Kontroversen ragten, angeheizt durch die im Pahl-Rugenstein-Verlag veröffentlichte »Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung« (Deppe/Fülberth/Harrer 1977), in die Gewerkschaften hinein und führten zu einer heftigen publizistischen Auseinandersetzung (Dokumentation 1979). Die in den 1980er Jahren auf den Weg gebrachten historischen Gesamtdarstellungen aus eher sozialdemokratischer oder auch sozialliberaler Sicht wird man ebenfalls als Antwort auf diese Publikation sehen können (Klönne/Reese 1984; Matthias/Schönhoven 1984; Borsdorf 1987; Schönhoven 1987; Schneider 1989; Hemmer/Schmitz 1990).

Dass die Gewerkschaften sich den Problemen ihrer Geschichte stellten, zeigten die großen historisch-politischen Konferenzen des DGB 1979 und 1983, auf denen die erwähnten Kontroversen unter Beteiligung der »Hauptkontrahenten« direkt ausgetragen wurden (Vetter 1980; Breit 1984). Auch die Gewerkschaftspresse, allen voran die *Gewerkschaftlichen Monatshefte*, spiegelten das gewachsene Interesse an der Geschichte der Gewerkschaften. Außerdem wurde die »Geschichtsarbeit vor Ort«, die insbesondere von Geschichtswerkstätten geleistet wurde, durch finanzielle Zuschüsse und Handreichungen aktiv gefördert. Zu erinnern ist auch an die Förderung des groß angelegten Projekts zur Veröffentlichung der Quellen zur deutschen Gewerkschaftsgeschichte (Matthias et al. 1985 ff.).

Die Initiative für die erinnerungspolitische Arbeit ging dabei vielfach von den Gewerkschaften aus, institutionell flankiert von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und unterstützt von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Das förderte die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Wissenschaft, in der sich beide Seiten des Interesses der anderen gewiss waren, zumal von den Gewerkschaften, vor allem der IG Metall, immer wieder – von der Debatte um das Recht der Aussperrung bis zum Konflikt um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit – historische Argumentationen zur Stützung der eigenen Positionen herangezogen wurden (Schmitz 2020, S. 190). Mit der Auffaltung der kontroversen Problemthemen wurden nicht nur die Gewerkschafter*innen angesprochen. Vielmehr fanden diese Debatten die Aufmerksamkeit einer breiten medialen Öffentlichkeit, woran sich – für einige Jahre – die historisch gewachsene Bedeutung der Gewerkschaften und auch ihre Diskursfähigkeit zeigten.

In der ersten Hälfte der 1980er Jahre gerieten die Gewerkschaften in die Defensive: Die Umstrukturierung innerhalb der Arbeitnehmerschaft zuungunsten des Anteils der industriellen Facharbeiterschaft und der laute Ruf nach Liberalisierung und damit Abbau von Reglementierungen des Arbeitsmarktes und sozialer Standards ließen die Gewerkschaften, die sich diesem Trend entgegenstemten, als »Dinosaurier des Industriezeitalters« erscheinen. Neue soziale Be-

wegungen liefen ihnen den Rang als wichtige Emanzipationsbewegung ab. Als »anonym« verschrien gesellschaftlichen Großorganisationen wie politischen Parteien, Kirchen und eben auch Gewerkschaften schlug ein wachsendes Misstrauen entgegen.

Hinzu kamen hausgemachte Probleme: Vor allem das Neue-Heimat-Desaster stürzte die Gewerkschaften in eine Vertrauenskrise, von der sie sich auf Jahrzehnte nicht erholten. Nicht zuletzt wegen ihrer damit verschärften Finanzlage haben der DGB und fast alle Einzelgewerkschaften in den 1980er/90er Jahren ihre Archive und Bibliotheken an das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung abgegeben; die FDGB-Akten wurden nach dem Ende der DDR in die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) überführt. Es waren wohl auch Kostengründe, die dazu geführt haben, dass die Gewerkschaften ihre erinnerungspolitischen Aktivitäten in den 1990er Jahren reduzierten. Und viele Projekte wurden »ausgelagert«, teilweise an die HBS und auch die FES, teilweise aber auch an einzelne Forscher*innen oder an Universitätsinstitute.

Schließlich fiel mit dem Ende des »Ostblocks« auch die »Systemkonkurrenz« fort, die zum einen das Kompromissfeld in allen sozialpolitischen Fragen nach »links« erweitert und zum anderen die Debatten um die Geschichte der Arbeiterbewegung eine Zeitlang befeuert hatte. Mit der weitgehenden Entlegitimierung einer marxistisch-leninistischen Geschichtsdeutung im Zuge des Zusammenbruchs des »Ostblocks« und mit dem Ende des Systemkonflikts einerseits, mit dem Vordringen kultur- bzw. mentalitätsgeschichtlicher Forschungen andererseits haben sich die geschichtspolitischen Kontroversen deutlich entschärft. Insgesamt wurde es stiller um die Gewerkschaften und ihre Geschichte.

Seit 2005/06 zeigt sich ein neuer Anlauf zur Belebung der gewerkschaftlichen Erinnerungskultur. So hat die HBS in den letzten Jahren verstärkt durch ihre Forschungsförderung und durch eigene Forschungs-, Veranstaltungs- und Ausstellungsprojekte zu dieser Wiederbelebung des historischen Interesses in und an den Gewerkschaften beigetragen. Das Themenspektrum der eigenen Projekte reicht von der Erinnerung an die Revolution 1918/19 über die Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 bis zur Gründung der Einheitsgewerkschaft und zur Geschichte der Mitbestimmung.

Zudem kann man geradezu von einer Renaissance der Biografie sprechen, die in Zeiten der Dominanz sozial- bzw. strukturgeschichtlicher Forschungen in Verruf geraten war und nun mit einer Vielzahl von Arbeiten ihre Berechtigung und Attraktivität unter Beweis stellte. Schließlich hat die HBS zusammen mit der FES das gewerkschaftsgeschichtliche Internetportal »gewerkschaftsgeschichte.de« geschaffen, das – in Ergänzung der Geschichtsseiten der Einzelgewerk-

schaften – einen umfassenden Überblick über die Geschichte der deutschen Gewerkschaften bietet. Zu nennen ist auch das Projekt zur Sicherung der Erinnerung von Zeitzeug*innen aus den Gewerkschaften; die Interviews werden auf Video bzw. digital gesichert und in Ausschnitten auf der FES-Internetseite der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Hierher gehört auch die Präsentation zahlreicher digitalisierter Gewerkschaftszeitungen im Internet durch die Bibliothek der FES.

Erst in jüngster Zeit ist der Holocaust verstärkt zu einem Thema der gewerkschaftlichen Erinnerungsarbeit geworden. Finanziell unterstützt von der HBS, untersucht eine Forschungsgruppe am Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow (DI) in Leipzig die Folgen des Holocaust für die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Allerdings seien die Gedenkstättenreisen etwa nach Auschwitz nicht übersehen, die zwar ein deutliches Zeichen für die bereits in den 1960er Jahren einsetzende Auseinandersetzung mit dem Holocaust waren, damals aber doch eher einen Sonderfall in der gewerkschaftlich geförderten Erinnerungskultur bildeten.

Vielfach unter Bezugnahme auf die rassistischen Verbrechen der Nationalsozialisten engagieren sich der DGB, die DGB-Jugend und das DGB-Bildungswerk und natürlich auch die Einzelgewerkschaften sowie speziell der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« seit Jahren aktiv gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Auch ist die Ausstellung »Gegen das Vergessen« zu nennen, in der in Berlin am 9. November 2017 mit Unterstützung zahlreicher Einzelgewerkschaften und des DGB große Porträts des Fotografen Luigi Toscano von Überlebenden der NS-Verfolgung gezeigt wurden. Zu erinnern ist ebenfalls an die antifaschistische Konferenz bzw. den Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg, den der Asta der Technischen Universität Berlin u. a. in Zusammenarbeit mit mehreren Gewerkschaften im September 2017 veranstaltet hat.

Kennzeichen des Aufschwungs der gewerkschaftsgeschichtlichen Erinnerungsarbeit ist die erneute Kooperation von Historiker*innen und Angehörigen der Gewerkschaftsorganisationen. Zu nennen ist die 2007 von FES und HBS vereinbarte Kooperation auf dem Gebiet der Gewerkschaftsgeschichte, die zu einer intensiven Vernetzung der auf diesem Gebiet Forschenden geführt hat. Und mit dem Gesprächskreis »Sozial- und Wirtschaftsgeschichte« beim DGB-Bundesvorstand wurde bis Ende 2017 ein Begegnungsformat für den Austausch zwischen Gewerkschafter*innen und Wissenschaftler*innen organisiert. Dazu, dass die Gewerkschaftsgeschichte nicht wieder in Vergessenheit gerät, leistete die Ende 2017 von Stefan Berger und Wolfgang Jäger ins Leben gerufene Kommission »Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie« am Institut für soziale Bewegungen (Bochum) einen Beitrag.

Zwischenbilanz: Zum Wandel der Erinnerungskultur

Erinnerungskulturen, auch die der Gewerkschaften, unterliegen einem ständigen Wandlungsprozess, in dem immer wieder neue Themen und Fragestellungen in den Vordergrund gerückt und damit andere zurückgedrängt werden sowie neuere Interpretationsansätze ältere überlagern und damit überformen. Erinnerungskulturen werden also stets aufs Neue konstruiert. Sie dürfen nicht als Abbild historischer Ereignisse oder auch Erfahrungen verstanden werden, sondern sie drücken das mal intensivere, mal weniger intensive Bemühen aus, eine Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart oder gar Zukunft herzustellen. So ist die Erinnerungsarbeit vor allem Ausdruck immer wieder aufs Neue formulierter Gegenwartsinteressen an bestimmten historischen Prozessen, Ereignissen oder Personen, die in ihrer jeweils spezifischen Form die Erinnerungsarbeit und zudem Gegenwartshandeln und Zukunftsvorstellungen beeinflussen (Berger 2015).

Diese Entwicklung führt dazu, dass die Formen der gewerkschaftlichen Erinnerungskultur sich wandeln: Die »traditionelle« Erinnerung mit Kundgebung und Gedenkansprache sowie gedruckter Publikation ist von einem breiten Spektrum der Formate ergänzt worden. So finden sich historisch-politische Konferenzen, Ausstellungen, Film- und Theateraufführungen, szenische Lesungen, Denkmalsenthüllungen, Stadtführungen sowie Internetpublikationen.

Zu nennen sind etwa die von der HBS in Auftrag gegebenen Filme »100 Jahre Gewerkschaften« (1989) und »2. Mai 1933: Zerschlagung der Gewerkschaften« (2013), die Stadtrundgänge zur Erinnerung an Orte der Zerschlagung der Gewerkschaften im Frühjahr 1933 in Berlin (2013) und Duisburg (2015) sowie das Denkmal für die ermordeten Gewerkschafter am Duisburger Burgplatz (1984) und das 2010 eingeweihte Denkmal von Silke Wagner in Herne mit dem Titel »Glück auf. Bergarbeiterproteste im Ruhrgebiet«.

Generell zeigen etwa die Reden, Publikationen und Veranstaltungen zu den runden Geburtstagen des DGB das wachsende Bemühen, den jeweiligen historischen Rückblick mit aktual-politischen oder auch zukunftsorientierten Botschaften zu verbinden. Das galt schon für die bereits erwähnte Konferenz 1979 mit dem Titel »Aus der Geschichte lernen – die Zukunft gestalten« (Vetter 1980).

Auch in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* 1989 (Heft 1) ging es, eingeleitet von Ernst Breits Frage »Der DGB nach 40 Jahren – Für die Zukunft gerüstet?«, um die Diskussion von »Strukturen und Strategien im Wandel«, und zwar auch in internationaler Perspektive; zur Diskussion gestellt wurden z. B. die Doppelung von »konfliktorischer und kooperativer Gewerkschaftspolitik« sowie die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen vor

dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Wandlungsprozesse. Und im Zentrum der in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* (1999, Heft 12) dokumentierten Wissenschaftlichen Konferenz »50 Jahre DGB: Bewegte Zeiten – Arbeit an der Zukunft« stand nicht primär die Bilanz, sondern es ging vor allem um die Herausforderungen der Gegenwart, und zwar bei der Modernisierung der Einheitsgewerkschaft, bei der Zukunft des Sozialstaats, bei der Sicherung der politischen Demokratie und bei der Entwicklung der gewerkschaftlichen Programmatik zur Gestaltung des Wirtschaftssystems. Stets wurde also versucht, die historische Rückschau zur Selbstvergewisserung für den Weg der Gewerkschaften in Gegenwart und auch Zukunft zu nutzen.

Eine besondere Entwicklung zeigt sich im Ruhrgebiet: So haben sich z. B. die Jubiläumsveranstaltungen der IG Bergbau von 1959 über 1969 bis 1979 deutlich verlagert: von der Gewerkschaftserinnerung zur Betonung der Ruhrgebietsidentität (Kellershohn 2019; Kellershohn in diesem Band). Zugespitzt könnte man sagen: Die gewerkschaftliche Erinnerungsarbeit ging auf in einer auch von der nordrhein-westfälischen SPD unterstützten Konstruktion einer Ruhrgebietsidentität, die durch die Hochschätzung der »schweren Arbeit« in Zeche und Stahlwerk getragen wurde. Ja, dem ganzen Bundesland NRW sollte Anfang der 1980er Jahre durch Ausstellungen und auch den »NRW-Tag« in Dortmund eine Identität als »Land der Arbeit« vermittelt werden.

Mit der zunehmenden Akademisierung der Angestelltenschaft in den gewerkschaftlichen Vorstandsverwaltungen und der nicht zuletzt damit einhergehenden engeren Verzahnung von Gewerkschaftsarbeit und wissenschaftlicher Forschung spiegeln sich in der gewerkschaftlichen Erinnerungsarbeit auch die Trends der Entwicklung in den Sozialwissenschaften, konkret von der stark auf die Erhellung von Strukturen ausgerichteten Sozialgeschichte über die Alltagsgeschichte hin zur Mentalitäts- und Kulturgeschichte bzw. zu einer all diese Zugriffe integrierenden Gesellschaftsgeschichte. Das führte zu einer Erweiterung der Perspektive und zu einer fortschreitenden Differenzierung des Urteils.

»Mythen«, wie sie in den 1950er/60er Jahren auch in der gewerkschaftlichen Erinnerungsarbeit anzutreffen waren, sind inzwischen vielfach differenzierten Erklärungen und Interpretationen gewichen. Beispiele dafür bieten die Forschungen zu Resistenz und eben auch Massenzustimmung im »Dritten Reich«, zur Überwindung des Bildes, in dem die Gewerkschaften lediglich als Opfer des Nationalsozialismus erschienen, und zur Erweiterung des Spektrums des Widerstandes im »Dritten Reich«. Überhaupt hat sich das Feld der in den Blick genommenen Gewerkschaften erweitert: Nicht mehr nur die freien, sozialdemokratisch orientierten Verbände werden betrachtet, sondern auch die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sowie die kom-

munistischen und die anarchistisch-syndikalistischen Verbände. Vor allem findet die historische Rolle von Frauen in den Gewerkschaften seit einigen Jahren verstärkt Beachtung – nicht nur am Internationalen Frauentag. Zudem greifen die Themenstellungen über die Geschichte der Gewerkschaften im engeren Sinne hinaus, wie das Beispiel der Holocaust-Forschung zeigt.

Nicht zu übersehen ist die Gefahr, dass mit der Professionalisierung bzw. Akademisierung der gewerkschaftlichen Erinnerungsarbeit die Kluft zwischen den Anforderungen der Gewerkschaftsführungen und vielleicht auch der Gewerkschaftsmitgliedschaft an die Erinnerungsarbeit einerseits und – andererseits – den wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden gewerkschaftshistorischen Forschungen, die sich außerdem zunehmend internationalisierten und damit vom deutschen Fall lösten, immer größer wird. Dabei kollidiert das Bedürfnis nach historischer Selbstbestätigung und damit emotionaler Identitätsbildung bzw. -stärkung auf Seiten »der« Gewerkschaften mit dem Anspruch auf kritische Distanz seitens »der« Wissenschaft. So könnte es sein, dass auch die Professionalisierung der Gewerkschaftsgeschichte zum Rückgang des Interesses an historischen Fragen in den Gewerkschaften beiträgt, was wieder Rückwirkungen auf das gewerkschaftsgeschichtliche Engagement von Historiker*innen hat.

Auch dass sich – parallel zur Professionalisierung der Erinnerungsarbeit und zum Abflauen des »Systemkonflikts« – die parteipolitischen Instrumentalisierungsversuche der Gewerkschaftsgeschichte für aktual-politische Ziele deutlich abgeschwächt haben, hat im Hinblick auf das gewerkschaftsgeschichtliche Engagement durchaus Schattenseiten: Der Verlust an politischem Konfliktpotenzial bedeutet einen Bedeutungsverlust der Geschichte in der alltäglichen Gewerkschaftsarbeit. Mit anderen Worten: Wo nicht im Gewand historischer Konflikte um die Legitimität der aktuellen Gewerkschaftspolitik gestritten wird, da schwindet nach Ansicht mancher Gewerkschafter*innen die Notwendigkeit, sich für die Erinnerungsarbeit zu engagieren.

Lücken und zukünftige Aufgaben

Zum Schluss soll ein Ausblick auf grundsätzliche Aufgaben und zukünftige Projekte, verbunden mit einem Plädoyer für eine aktive Erinnerungsarbeit als Voraussetzung lebendiger Erinnerungskulturen der Gewerkschaften, versucht werden (dazu auch: Neuheiser/Bartlitz/Rudolf 2016).

Erinnerungsarbeit sollte – im Idealfall – dreierlei leisten. Um nachhaltige Wirkung zu erzielen, muss sie nicht nur die Köpfe, sondern auch die Herzen der Adressat*innen erreichen. Im Wesentlichen geht es um das Wecken von Be-

troffenheit, also darum, dass die Adressat*innen spüren, dass die präsentierte Geschichte etwas mit ihnen, mit ihrem aktuellen Leben, zu tun hat; dies kann erreicht werden durch Emotionalisierung, Personalisierung und Authentizität der Erinnerung.

Zudem geht es um die Vermittlung von Erkenntnis durch Analyse und Kontextualisierung, also durch historische Aufklärung; die frühere Gewerkschaftspolitik muss im Rahmen der jeweils gegebenen Handlungsbedingungen beleuchtet werden, um zu einer fairen Einschätzung des damaligen politischen Handelns zu gelangen. Dabei wird wohl auch deutlich, dass es eine Überforderung der Gewerkschaften ist, wenn von ihnen erwartet wird, sie allein hätten immer und unter allen Umständen Bestand oder Ausbau einer sozialen Demokratie bewerkstelligen bzw. sichern können.

Schließlich geht es um die Stärkung der aktuellen Handlungsmotivation und -kompetenz durch eine Transferleistung, die darin besteht, zu klären, ob bzw. welche Lehren aus dem früheren Geschehen für die Gegenwart gezogen werden können.

Insgesamt müssen parteiische Verzerrungen der Erinnerung vermieden werden, nicht zuletzt, um die Anschlussfähigkeit zur Erinnerungsarbeit anderer gesellschaftlicher Gruppen mit ähnlichen Zielen wie denen der Gewerkschaften zu sichern. Außerdem sollten keine vordergründigen historischen Parallelisierungen, auch keine konkreten Handlungsanweisungen für die Gegenwart anvisiert werden. Wenn man aus der Geschichte etwas lernen kann, dann ist es, die Komplexität politischer Handlungszusammenhänge wirklich ernst zu nehmen, die jeweils bestehenden Handlungsmöglichkeiten realistisch auszuloten und Entscheidungen in dem Bewusstsein zu treffen, dass sie neben den angestrebten Folgewirkungen auch solche haben, die weder erwartet noch erwünscht waren, sodass eine ständige Bereitschaft zur »Nachjustierung« erforderlich ist.

An Themen, deren Bearbeitung angeregt werden könnte, besteht kein Mangel, gibt es doch – auch wenn zur folgenden Auflistung vielfach vereinzelt Arbeiten vorliegen – sowohl Forschungs- und damit Erinnerungslücken als auch nach wie vor kontroverse Einschätzungen. Einige der in historischer Perspektive aufzuarbeitenden Themen seien stichwortartig genannt: Gemeinwirtschaft; Gewerkschaften und Antisemitismus bzw. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit; Biografien von Gewerkschafter*innen, auch syn- und diachron vergleichende »Generationsbiografien«; Realität der Einheitsgewerkschaft, d.h. die Bedeutung der sozialdemokratischen, der christlich-sozialen und der links-sozialistischen bzw. kommunistischen Strömungen innerhalb der DGB-Gewerkschaften, einschließlich der daraus erwachsenden Konflikte; überhaupt: Geschichte der früheren Richtungsgewerkschaften; Bildungsarbeit; Tarifpolitik einzelner

Gewerkschaften; Praxis der Mitbestimmung auf der Ebene von Betrieb und Unternehmen; Geschichte des FDGB; Internationale bzw. Europäische Gewerkschaftsbewegung; Feier- bzw. Festkultur.

Ein gerade eröffnetes Forschungsfeld stellt schließlich der ganze Bereich der Erinnerungskulturen dar, der dank des aktuell großen wissenschaftlichen und medialen Interesses besondere Aufmerksamkeit verdient – ob es sich um die Interpretation großer Arbeitskämpfe, bedeutender sozial- bzw. gesellschaftspolitischer Entscheidungen oder die Würdigung des Lebenswerks einzelner Persönlichkeiten handelt; dabei gilt es auch, die Erinnerungskultur des FDGB eingehend zu beleuchten.

Zudem sollte darüber nachgedacht werden, die Gewerkschaftsgeschichte in ihrer europäischen und internationalen Dimension zu betrachten, beispielsweise mit Konferenzen. In den Blick genommen werden könnten die gemeinsamen Erfahrungen von Hilflosigkeit und/oder Instrumentalisierung angesichts der großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts; hierher gehörte auch die (Selbst-) Einbindung der Gewerkschaften in die jeweilige nationale Politik, etwa beim Thema Kolonialismus, auch beim Protektionismus. Auch die – wenn nicht gemeinsam, so doch in relativer zeitlicher Parallelität – errungenen sozialen und demokratischen Fortschritte könnten miteinander aufgearbeitet und damit erinnert werden: Zu denken ist an die Funktion der Gewerkschaften in den Zeiten der Demokratiegründung nach dem Ersten Weltkrieg und der Sozialstaatsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg sowie dann vor allem im Prozess der Europäischen Einigung.

Schließlich könnten vergleichend Grundprobleme der gewerkschaftlichen Politik betrachtet werden, etwa die Geschichte des 1. Mai, des Streikverhaltens, der Mitbestimmungsregelungen am Arbeitsplatz und/oder auf Unternehmensebene, des Verhältnisses zu Frauenorganisationen und Frauenpolitik u. v. m. Letztlich ist der Blick auch auf die Funktion der Gewerkschaften in Zeiten der Globalisierung sowie des beschleunigten Wandels der Arbeit – von der Mechanisierung über die Automatisierung bis hin zur Digitalisierung – zu richten.

Angesichts der aktuellen Zunahme von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist darüber hinaus nach wie vor eine aktive, aus historischer Verantwortung geborene Auseinandersetzung mit der Zeit des »Dritten Reiches« geboten. Die Aufgaben, vor der die Erinnerungsarbeit hinsichtlich der Gewalttaten des NS-Regimes steht, sind überaus komplex: Gewiss geht es zunächst um die Erinnerung an die Opfer der Mordtaten, denen Name und Gesicht gegeben werden müssen – nicht zuletzt, weil damit ein emotionaler Bezug zu den leidenden Menschen hergestellt und Betroffenheit erzielt werden kann.

Erschwert wird dies dadurch, dass kaum noch und bald gar keine Zeitzeug*innen mehr von ihren Erlebnissen berichten können. Video-Interviews sind sicher hilfreich, aber sie können den Eindruck der direkten Präsenz von Zeitzeug*innen nicht voll ersetzen; vielleicht aber können die Nachkommen die fehlenden Berichte der eigentlichen Zeitzeug*innen durch authentische Informationen über das Leben ihrer Eltern oder Großeltern sowie über die eigene Verarbeitung der Familiengeschichte zumindest teilweise ausgleichen. Auch durch szenische Darstellungen, durch Filme und Musik kann der emotionale Bezug zu den damaligen Ereignissen verstärkt werden.

Ergänzend muss über die Rahmenbedingungen für den Erfolg einer extrem nationalistischen und rassistischen Bewegung, für die breite Gefolgschaft des Nationalsozialismus und über den verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Regimes aufgeklärt werden. Schließlich sind Transferleistungen anzustreben: Da geht es um die Übertragung der Erkenntnisse auf die Analyse der Gegenwart, um die Entwicklung von Sensibilität im Sinne von Empathie mit den Opfern von Krieg und politischer bzw. rassistischer Verfolgung und schließlich um die Ausbildung und Stärkung von Werthaltungen gegenüber dem eigenen demokratisch-rechtsstaatlichen System, für das einzutreten als lohnend und wichtig erfahren werden soll.

Eine gewerkschaftliche Erinnerung an die Bedeutung der Aufnahme und Integration der polnischen Arbeiter*innen am Ende des 19. Jahrhunderts vor allem im Ruhrrevier sowie der sogenannten Gastarbeiter*innen aus Italien, Spanien, Portugal und Jugoslawien sowie der Türkei in den 1950er/60er Jahren wäre auch ein lohnendes Thema, dessen Gegenwartsbezug auf der Hand liegt. Dabei muss man sich freilich bewusst sein, dass die Integration der Zuwander*innen mit ihren Familien nicht nur aus der Perspektive der Gewerkschaften betrachtet werden kann. Zudem ist zu beachten, dass sich mit den vielfältigen Lebensgeschichten der Eingewanderten zugleich die Erinnerungskultur verändert, die die Erfahrungen der nach Deutschland Gekommenen berücksichtigen muss. Mit anderen Worten: Die Erinnerungskultur muss die unterschiedlichen Erinnerungskulturen beachten, die die Zugewanderten mit- und damit eingebracht haben (Weil 2016).

Fazit

Erinnerungsarbeit, auch die der Gewerkschaften, entfaltet sich in ihren vielgestaltigen Ausformungen meist in der Öffentlichkeit; sie leistet damit nicht nur einen Beitrag zur innergewerkschaftlichen Traditionsbildung, sondern auch zur

Verortung der Gewerkschaften im öffentlichen Bewusstsein. Zudem bietet sie Möglichkeiten und auch mannigfache Notwendigkeiten der Kooperation mit »der« Wissenschaft, die sowohl als Lieferantin von Wissen und fundierter Erkenntnis als auch als Motor und Katalysator für die öffentliche Diskursfähigkeit der Gewerkschaften von Bedeutung ist.

Gewerkschaftliche Erinnerungsarbeit ist also – neben Beiträgen zu wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen sowie gesellschaftspolitischen Debatten – *ein* Prüffeld für die Wahrnehmbarkeit der Gewerkschaften in den öffentlichen Diskursen über das Selbstverständnis und die angestrebte Entwicklung der aktuellen Gesellschaft.

So vielgestaltig die Erinnerungskultur der Gewerkschaften auch ist, unterscheidet sie sich doch von der anderer gesellschaftlicher Großorganisationen, und zwar im Hinblick auf vorherrschende Themen und auch Interpretationsmuster. Damit leistet sie einen Beitrag zu der überaus vielfältigen Erinnerungskultur einer pluralistischen Gesellschaft, in der etliche unterschiedliche Erinnerungskulturen nebeneinanderstehen, die sich beispielsweise durch soziokulturelle und auch politische Gruppenerfahrungen voneinander unterscheiden.

Auch in pluralistisch-demokratischen Gesellschaftsordnungen ist der Rückgriff auf Geschichte Teil der politischen Auseinandersetzung: Das historische Argument wird genutzt, um die eigene Politik zu legitimieren bzw. um politische Gegner*innen zu desavouieren. Zudem aber kann und soll die öffentliche Erinnerung zur kritischen Selbstvergewisserung und zur Sensibilisierung für die Komplexität historischer und damit auch aktueller politischer Entscheidungssituationen beitragen.

Allein durch den Angebotscharakter der vielfältigen Deutungen und Interpretationen widerspricht eine so verstandene öffentliche historisch-politische Auseinandersetzung mit und über Geschichte allen absoluten Gewissheiten und Dogmen; dank Redlichkeit der Quellenarbeit, Überprüfbarkeit der Belege, Einordnung in den zeitgenössischen Kontext und Fairness der Argumentation bietet die gewerkschaftliche Erinnerungsarbeit immer auch die Möglichkeit, an die Erinnerungsarbeit und damit an die Deutungsmuster anderer Gruppen oder Personen anzuknüpfen. Damit unterscheidet sich die geschichtspolitische Auseinandersetzung in pluralistisch-demokratischen Gesellschaften grundsätzlich von der bewussten und einseitigen Indienstnahme von Geschichte durch totalitäre bzw. diktatorische Systeme für ihre Politik (Bouvier/Schneider 2008).

Die Entscheidung zugunsten einer intensiven Erinnerungsarbeit sollte den deutschen Gewerkschaften umso leichter fallen, als sie wenig Anlass haben, ihre Geschichte zu verstecken. Es ist eine bleibende Aufgabe, im erinnerungspolitischen Diskurs durch einen selbstkritischen Umgang mit der eigenen Geschichte

immer wieder deutlich zu machen, dass die Gewerkschaften – trotz mancher Schwächen und Fehler ihrer Politik – einen wesentlichen Beitrag zum Auf- und Ausbau des demokratischen Sozialstaats geleistet und sich den Abbaubestrebungen und Gefährdungen der sozialen Demokratie beharrlich, wenn auch nicht immer erfolgreich, entgegengestemmt haben.

Literatur und Quellen

- Beier, Gerhard (1968): Glanz und Elend der Jubiläumsliteratur. Kritische Bestandsaufnahme bisheriger Historiographie der Berufs- und Industriegewerkschaften. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 10, S. 607–614.
- Berger, Stefan (Hrsg.) (2015): Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung nach 1945. Essen: Klartext.
- Borsdorf, Ulrich/Weiden, Gabriele (Hrsg.) (1987): Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945. Köln: Bund.
- Bouvier, Beatrix/Schneider, Michael (2008): Geschichtspolitik und demokratische Kultur. Einleitende Bemerkungen. In: Bouvier, Beatrix/Schneider, Michael (Hrsg.): Geschichtspolitik und demokratische Kultur. Bilanz und Perspektiven. Bonn: Dietz, S. 7–10.
- Breit, Ernst (Hrsg.) (1984): Aufstieg des Nationalsozialismus – Untergang der Republik – Zerschlagung der Gewerkschaften. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung zwischen Demokratie und Diktatur. Dokumentation der historisch-politischen Konferenz des DGB im Mai 83 in Dortmund. Köln.
- Deppe, Frank/Fülberth, Georg/Harrer, Jürgen (Hrsg.) (1977): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Dokumentation der Kontroverse um die »Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (1979). In: Frankfurter Rundschau Nr. 2, 3, 4 vom 3., 4., 5.1.1979.
- Erl, Astrid (2008): Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. In: Nünning, Ansgar/Nünning, Vera (Hrsg.): Einführung in die Kulturwissenschaften. Theoretische Grundlagen – Ansätze – Perspektiven. Stuttgart: Springer, S. 156–185.
- Hemmer, Hans-Otto/Borsdorf, Ulrich (1974): „Gewerkschaftsstaat« – Zur Vorgeschichte eines aktuellen Schlagworts. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 10, S. 640–653.
- Hemmer, Hans-Otto/Schmitz, Kurt Thomas (Hrsg.) (1990): Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Köln: Bund.

- Hockerts, Hans Günter (2002): Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft. In: Jarausch, Konrad H./Sabrow, Martin (Hrsg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt. Frankfurt am Main: Campus, S. 39–73.
- Kellershohn, Jan (2019): Streiknarrative zwischen gewerkschaftlichen und regionalen Zeitschichten. Erinnerungsort Streik. In: Berger, Stefan/Borsdorf, Ulrich/Claßen, Ludger/Grütter, Henrich Theodor/Nelles, Dieter (Hrsg.): Zeiträume Ruhr. Erinnerungsorte des Ruhrgebiets. Essen: Klartext, S. 846–863.
- Klönne, Arno/Reese, Hartmut (1984): Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Hamburg: VSA.
- Köcher, Thomas (2004): »Aus der Vergangenheit lernen – für die Zukunft arbeiten!« Die Auseinandersetzung des DGB mit dem Nationalsozialismus in den fünfziger und sechziger Jahren. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Matthias, Erich (Begr.)/Weber, Hermann/Schönhoven, Klaus/Tenfelde, Klaus et al. (Hrsg.) (1985 ff.): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Köln: Bund-Verlag/Bonn: J. H. W. Dietz Nachf. (ab 2006).
- Matthias, Erich/Schönhoven, Klaus (Hrsg.) (1984): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, S. 349–367.
- Neuheiser, Jörg/Bartlitz, Christine/Rudolf, Violetta (2016): Mehr Geschichte wagen. Plädoyer für einen mutigeren Umgang der Gewerkschaften mit ihrer (Zeit-)Geschichte. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Schmidt, Eberhard (1971): Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften. Frankfurt am Main: Campus.
- Schmitz, Kurt Thomas (2020): Die IG Metall nach dem Boom. Herausforderungen und strategische Reaktionen. Bonn: Dietz.
- Schneider, Michael (1986): Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.
- Schneider, Michael (1989): Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute. Bonn: Dietz.
- Schönhoven, Klaus (1987): Die deutschen Gewerkschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Vetter, Heinz O. (Hrsg.) (1980): Aus der Geschichte lernen – die Zukunft gestalten. Dreißig Jahre DGB. Köln: Bund.
- Weil, Gerhard (2016): Erinnerungskultur in der Einwanderungsgesellschaft. In: Berliner Bildungszeitschrift. Mitgliederzeitschrift der GEW Berlin, Oktober.

